

Sankt-Petersburger Herold

unabhängig ~ überparteilich ~ ohne Praecensur ~ von St. Petersburgern ~ für St. Peterburger
ZEITUNG IN DEUTSCHER SPRACHE IM INTERNET ~ Seit 1873 bis 1914 ~ Neueröffnet 2008

West-Ost-Krise: "Wir glauben, dass es einen Weg zurück gibt"

13.08.2014



Von Eugen von Arb

Gernot Erler, Koordinator für die zwischengesellschaftliche Zusammenarbeit mit Russland, Zentralasien und den Ländern der Östlichen Partnerschaft gab Auskunft zum Stand der europäisch-russischen, bzw. deutsch-russischen Beziehungen. Angesichts der Krise um die Ost-Ukraine fand das Thema im Rahmen der Veranstaltungsreihe "Deutsch-Russischer Salon" reges Interesse, und der Saal im deutschen Generalkonsulat war voll bis auf den letzten Platz (Fotogalerie).

In schwierigen Situationen wie jetzt, wo sich das politische Klima zwischen Russland und Westeuropa dem Gefrierpunkt nahe sind und die Lage in der Ostukraine noch immer brandheiss ist, muss man wohl Berufsoptimist sein, um manchmal nicht zu verzweifeln. Gernot Erler eröffnete denn auch die Veranstaltung geschickt, in dem er dem Publikum sämtliche Errungenschaften von zwei Jahrzehnten deutsch-russischer Zusammenarbeit auflistete, die gegenwärtig auf dem Spiel stehen.

Er erwähnte dabei natürlich die wirtschaftlichen Beziehungen, das beeindruckende deutsch-russische Handelsvolumen von 356 Milliarden Euro, die über 6000 in Russland ansässigen deutschen Firmen, den Austausch von Energie und Rohstoffen einerseits und Technologie und Know-How andererseits. Die Modernisierungspartnerschaft mit Russland umfasse nicht nur Technologie, meinte er, sondern auch den Aufbau eines modernen Staates und einer Zivilgesellschaft.

Eigentlich ein Wunder, was alles erreicht worden ist

Auch die hunderten von Städtepartnerschaften, den Studenten- und Schüleraustausch und nicht zuletzt die Deutsche Sprache, die von 2,3 Millionen Russinnen und Russen gelernt und an 24.000 Schulen unterrichtet wird, erwähnte er. Er erinnerte an die zahlreichen deutsch-russischen Grossveranstaltungen und Gremien, den Petersburger Dialog, die Deutsche Woche und das Engagement des Goethe-Instituts in Russland. Dabei betonte er, dass gerade der kulturelle Austausch gegenüber dem wirtschaftlichen immer unterschätzt würden, obwohl er sehr wichtig sei für das gegenseitige Verständnis und Vertrauen. Der "Petersburger Dialog", der bereits zehn Jahre besteht, soll laut Erler reformiert werden.

Eigentlich sei es ein Wunder, was seit 1991 erreicht worden sei, sagte Erlern - aber es sei eben doch nicht alles wunderbar. Während man an einer Beziehung arbeite, existierten weiterhin zwei Sichtweisen in wichtigen Fragen. Als Beispiel nannte er die Bewertung von Figuren wie Gorbatschew und Schewardnadse, die in Deutschland als Geburtshelfer der Wiedervereinigung verehrt würden, in Russland hingegen als Totengräber der Sowjetunion verpönt seien. Die Jahre nach dem Zerfall der Sowjetunion würden als Zeit der Schwäche gesehen, die vom Westen ausgenutzt worden sei, und die orangene Revolution in der Ukraine von 2004 werde als Bedrohung durch den Westen gesehen.

Tiefste Krise seit 1991

Der Konflikt in der Ostukraine bezeichnete Erler als die tiefste Krise zwischen Russland und dem Westen seit 1991. "Es ist erschreckend, wie schnell 23 Jahre Zusammenarbeit in Frage gestellt werden können", sagte er dazu. In der EU sei man sich nicht bewusst gewesen, dass man sich durch den geplanten Abschluss des Assoziierungsabkommen mit der Ukraine in eine solche Konkurrenz mit Russland gebracht habe. Mit den Protesten auf dem Kiewer Maidan und der Absetzung von Präsident Janukowitsch sei eine "rote Linie" übertreten worden, und darauf habe Russland mit der Annexion der Krim reagiert.

Des weiteren befragte Michail Tjurkin, Redaktor der Petersburger Tageszeitung "Newskoe Vremja" Erler in einer Art Interview - dabei konfrontierte er seinen Gast mit den brennendsten Fragen aus russischer Sicht. Als erstes brachte er die so genannten doppelten Massstäbe zur Sprache, welche der Westen in den Augen vieler Russen im Ukraine-Konflikt anwende. Sowohl die Demonstranten auf dem

Maidan, wie auch die jetzige ukrainische Regierung und die ukrainische Armee in der Ostukraine würden vom Westen durchwegs als Opfer behandelt, während Präsident Janukowitsch, die Separatisten und Russland immer in der Täterrolle seien.

EU verlangt gewaltlose Lösung

Das wies Erler zurück – schon nach der Schiesserei vom 20. Februar in Kiew, bei der fast hundert Menschen starben, hätte die EU die lückenlose Aufklärung des Verbrechens von der ukrainischen Regierung verlangt. Ausserdem habe man von der neuen Kiewer Regierung auch gefordert, die Milizen zu entwaffnen und sich von den Rechtsradikalen Gruppierungen zu distanzieren. Bezüglich Konflikt Ostukraine habe sich die EU deutlich für den Einbezug der Separatisten in die Verhandlungen und setze sich für eine gewaltlose Lösung ein.

Der ukrainische Staat habe das Recht, in der Ostukraine seine Grenzen zu sichern und gegen die Separatisten vorzugehen – wenn auch nicht gegen Zivilisten. Russland hingegen besitze keine Legitimation, Söldner und Waffen über die Grenze zu schicken. Auch Janukowitsch habe als Präsident das Recht gehabt, gegen die Demonstranten vorzugehen, doch sei das sehr brutal geschehen und die Situation sei darum eskaliert.

Ukraine wurde Integrität der Grenzen zugesichert

Auf die Frage, warum die EU so scharf auf den Anschluss an die Krim reagiert habe, obschon dort ein Referendum durchgeführt worden sei, meinte Erler, dass es immer einen Konflikt zwischen dem Selbstbestimmungsrecht der Völker (in diesem Fall die Russen auf der Krim) und der Integrität der Staatsgrenze gäbe. In diesem Fall seien jedoch klar internationale Vereinbarungen gebrochen worden seien. Er erinnerte dabei an die Bukarester Verträge von 1994, in denen die Ukraine auf Atomwaffen verzichtet und dafür von Russland die Unantastbarkeit seiner Grenzen zugesichert bekommen habe. Bei dieser Gelegenheit zog Erler eine Flugschrift der ostukrainischen Separatisten hervor, auf der eine Karte das von ihnen beanspruchte Gebiet von "Novorossia" illustriert.

Auf die Rolle der Nato in der ukrainischen Krise angesprochen, entgegnete Erler, dass er wisse, dass man 1991 bei der Wiedervereinigung Deutschlands Gorbatschew versprochen habe, das Bündnis nicht weiter gegen Osten auszuweiten – doch diese Aussage sei lediglich mündlich gemacht worden und in keinem Vertrag fixiert. Sowohl die Ukraine wie auch Georgien hätten in den vergangenen Jahren der Nato beitreten wollen, hätten jedoch eine Absage erhalten, weil beide Länder zu viele Sicherheitsrisiken hätten.

Schaden für alle durch verschärfte Sanktionen

Des weiteren interessierte Michail Tjurkin die Frage, ob die EU ein Interesse an verschärften Sanktionen gegenüber Russland habe. Zwar habe sich die deutsche Wirtschaft den Entscheidungen der Regierung unterstellt, doch glaube man dort, dass es einen Weg zurück gebe und dass von weiteren Sanktionen alle nur Schaden hätten. Erler wies darauf hin, dass die bisherigen Sanktionen nur für sechs Monate in Kraft seien und man danach die Entscheidung neu überdenken und gegebenenfalls zurücknehmen würde.

Auf die Frage aus dem Publikum, wie er die Rolle der USA in diesem Konflikt sehe, meinte Erler, dass es den Vereinigten Staaten sehr leicht falle, Sanktionen gegen Russland auszusprechen, weil sie bezüglich Energie und Rohstoffen völlig unabhängig seien und wirtschaftlich nicht viel zu verlieren hätten. Ausserdem hätten sie momentan ganz andere Probleme (Syrien, Irak) und überliessen Europa damit die Vermittlerrolle. Die Europäer hätten ihre eigene Position in der ukrainischen Frage und liessen sich nicht von Amerika dreinreden. Bei dieser Gelegenheit erinnerte Erler an den NSA-Abhörskandal, der insbesondere zwischen Deutschland und den USA für eine Abkühlung gesorgt hat.

Bilder: Eugen von Arb/ SPB-Herold

Weitere Artikel zu diesem Thema:

[Deutsch-Russischer Salon: "Lernen, mit Fremden zu leben, ist ein enormer Gewinn"](#)

<http://www.spzeitung.ru/2014/07/west-ost-krise-wir-glauben-dass-es-einen-weg-zurueck-gibt/>